

**23.07.01**

## **Unterrichtung**

durch das  
Europäische Parlament

---

**EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zur Unterstützung  
der Wirtschaftsakteure bei der Umstellung auf den Euro  
(2000/2278(INI))**

---

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments  
- 116715 - vom 19. Juli 2001. Das Europäische Parlament hat die EntschlieÙung in  
der Sitzung am 4. Juli 2001 angenommen.

**Entschlieung des Europäischen Parlaments zur Unterstützung der Wirtschaftsakteure bei der Umstellung auf den Euro (2000/2278(INI))**

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis der Empfehlung der Kommission zur Unterstützung der Wirtschaftsakteure bei der Umstellung auf den Euro (2000/C 303/05)<sup>32</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 16. Dezember 1998 zur Informationsstrategie zum Euro (KOM)(1998) 39 - C4-0125/98)<sup>33</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 2. Dezember 1999 zu dem Vorschlag der Kommission an den Rat zur Dauer der Übergangszeit für die Einführung des Euro (KOM(1999) 174 - C5-0108/1999 - 1999/2111(COS))<sup>34</sup>
- unter Hinweis auf die Empfehlung der Kommission 98/287/EG zur doppelten Angabe von Preisen und sonstigen Geldbeträgen<sup>35</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 13. Januar 1998 zum Thema „Der Euro und der Verbraucher“<sup>36</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 10. März 1998 zu der Mitteilung der Kommission zu den praktischen Aspekten der Einführung des Euro (KOM(1997) 491 - C4-0524/97) und dem Arbeitsdokument der Kommission über die Vorbereitungen zur Umstellung der öffentlichen Verwaltungen auf den Euro (SEK(1997) 2384 - C4-0025(98))<sup>37</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 6. Juli 2000 zur Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Außenminister der Regionen zur Kommunikationsstrategie in den letzten Phasen der Vollendung der WWU (KOM(2000) 57 - C5-0104/2000 - 2000/2019(COS))<sup>38</sup>,
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission (KOM(2001) 190): Bericht über die Vorbereitungen zur Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen (KOM(2001) 190),
- unter Hinweis auf die zwischen 13 Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Europäischen Parlament getroffenen Vereinbarungen über die Information über die Einführung des Euro,

<sup>32</sup> ABl. C 303 vom 24.10.2000, S.6.

<sup>33</sup> ABl. C 98 vom 9.4.1999, S. 167.

<sup>34</sup> ABl. C 194 vom 11.7.2000, S. 91.

<sup>35</sup> ABl. L 130 vom 15.1998, S. 26.

<sup>36</sup> ABl. C 34 vom 2.2.1998, S. 38.

<sup>37</sup> ABl. 104 vom 6.4.1998, S. 69.

<sup>38</sup> ABl. C 121 vom 24.4.2001, S. 459.

- unter Hinweis auf die vom Europäischen System der Zentralbanken durchgeführte Informationskampagne Euro 2002,
  - gestützt auf Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A5-0222/2001),
- A. in der Erwägung, dass die einheitliche europäische Währung ein entscheidender identitätsbildender Faktor im Prozess der europäischen Integration ist und dieser einheitlichen europäischen Währung herausragende historische Bedeutung zukommt,
- B. in der Erwägung, dass die Umstellung auf Euro-Banknoten und -Münzen für die europäischen Bürger ein zuvor nie da gewesener greifbarer Beweis der europäischen Integration ist und dass deshalb ihrem reibungslosen Verlauf unschätzbar große Bedeutung für die Bewusstmachung dieser Integration und für deren Bewertung zukommt,
- C. in der Erwägung, dass die bereits heute vorteilhaften Auswirkungen des Euro auf den europäischen Binnenmarkt, die allgemeine Stabilität der Wirtschaft, auf Beschäftigung und Wachstum nach einem reibungslosen Übergang auf Euro-Banknoten und -Münzen sich noch verstärken werden,
- D. in der Erwägung, dass die Umstellung auf den Euro eine herausragende logistische Herausforderung für die nationalen Regierungen, das Euro-System, das Bankensystem und alle europäischen Bürger darstellt,
- E. in der Erwägung, dass insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen eine allgemeine Einstellung einer „wohlwollenden Vernachlässigung“ mit Blick auf die Einführung von Euro-Banknoten und -Münzen geherrscht hat und mit Sorge festzustellen ist, dass mehr als ein Drittel der kleinen und mittleren Unternehmen noch überhaupt nicht auf die Währungsumstellung vorbereitet ist,
- F. in der Erwägung, dass frühere Informationskampagnen nicht die angestrebte Wirkung erzielt haben, die Nutzung des Euro durch Verbraucher und Unternehmen zu fördern,
- G. in der Erwägung, dass eine eher abwartende, allzu passive Haltung der privaten Wirtschaft dadurch bedingt gewesen ist, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Europäische Zentralbank den Kostenaspekt der Umstellung außer Acht gelassen haben und dass keine Anreize für bestimmte Zielgruppen wie den Einzelhandel geschaffen wurden,
- H. in der Erwägung, dass das ESZB und die Regierungen der Mitgliedstaaten die Pflicht haben, optimal dafür zu sorgen, dass die Umstellung auf den Euro in den ersten Tagen des Jahres 2002 für jeden Verbraucher ohne übermäßige Probleme verläuft, und dass Einzelhändler, insbesondere kleinere Geschäfte, gut auf den Euro vorbereitet sind,
- I. in der Erwägung, dass bezüglich des Zeitpunkts der Ausgabe der ersten Euro-Münzen in den 12 Staaten und bei den entsprechenden Beträgen erhebliche Unterschiede bestehen,
- J. in der Erwägung, dass die vorherige Ausgabe von Euros an den Einzelhandel in den Staaten der Euro-Zone für die Zeit zwischen dem 1. September und dem 1. Dezember 2001 vorgesehen ist,
- K. in der Erwägung, dass ein in den Augen des Europäischen Parlaments wesentliches

Element für einen reibungslosen Übergang, nämlich die vorherige Ausgabe von Banknoten mit niedrigem Nennwert an die Bevölkerung, von der EZB stets abgelehnt worden ist,

- L. in der Erwägung, dass die der EZB-Position zugrunde liegenden Überlegungen in dieser Angelegenheit nicht überzeugend sind und dass die Vorverlegung der vorherigen Ausgabe von Euros an die Allgemeinheit um wenige Tage die Fälschungsgefahr nicht erhöhen wird,
- M. in der Erwägung, dass es weiterhin notwendig ist, dringliche praktische Überlegungen zur reibungslosen Währungsumstellung anzustellen (u.a. Neutralisierung nationaler Scheine, Rücknahme nationaler Währungen, Öffnung von Bankschaltern etc.) unverzüglich zu prüfen,
  - 1. fordert die EZB dringend auf, ihre ablehnende Haltung gegen die vorherige Ausgabe von Euro-Banknoten mit niedrigem Nennwert an die Öffentlichkeit zu überprüfen;
  - 2. fordert, dass ab dem 27. Dezember 2001 die Geldautomaten in allen Ländern der Euro-Zone gleichzeitig Banknoten in kleiner Stückelung für jene Bürger bereit stellen sollten, die sich schon vorab mit der neuen Währung versorgen wollen;
  - 3. unterstützt die Strategie der Kommission, „gute Praktiken zu ermitteln“, und fordert die Mitgliedstaaten dringend auf, letzte umfangreiche Anstrengungen zu unternehmen und über den Euro und die Währungsumstellung noch stärker als bisher zu informieren sowie ihre nationalen Umstellungsprogramme anzupassen, um diese guten Praktiken zu berücksichtigen;
  - 4. empfiehlt, dass die Verbraucher die Möglichkeit haben sollten, mehr als einen Starter-Kit von Euro-Münzen zu kaufen, wenn sie dies wünschen, um eine erste Verteilung von Euro-Münzen in der Wirtschaft zu unterstützen;
  - 5. empfiehlt, dass „Sparschwein-Maßnahmen“, die bereits in mehreren Ländern angekündigt worden sind, auf jedes Land in der Euro-Zone ausgedehnt werden, um vorbeugend die Menge der sich in Umlauf befindlichen Münzen zu verringern;
  - 6. regt an, die niederländische Initiative, den Banken die Öffnung am 1. Januar 2001 zu ermöglichen, auf die gesamte Euro-Zone auszuweiten, um den Banken eine zusätzliche Möglichkeit zu geben, Einzelhändler und Verbraucher mit einer ausreichenden Menge an Geld zu versorgen;
  - 7. empfiehlt, dass in den ersten zwei Wochen im Januar 2002 nur Banknoten mit geringem Nennwert durch Geldautomaten und an den Bankschaltern in Umlauf gebracht werden sollten;
  - 8. empfiehlt, dass dort, wo Geldautomaten Euro-Bargeld ausgeben können, die wenigen Geldautomaten, die nach wie vor Banknoten in nationaler Währung ausgeben, nach dem Tag „E“ außer Funktion gesetzt werden sollten, um zu verhindern, dass nationale Währung wieder in den Geldkreislauf zurückgelangt;
  - 9. empfiehlt, dass der Räumungs- oder der Schlussverkauf entweder auf Ende Dezember vorverlegt oder bis Mitte Januar aufgeschoben wird, um zu vermeiden, dass die Umstellung mit Tagen mit hohem Umsatz zusammenfällt;

10. fordert, dass in allen Schulen der Euro-Zone ein Projekttag zur Einführung der Euro-Münzen und -Banknoten durchgeführt wird;
11. begrüßt die gemeinsame Erklärung der Verbraucher- und Einzelhandelsorganisationen vom 2. April 2001, die Preise nicht zu erhöhen, und fordert die Kommission und die Verbraucher- und Einzelhandelsorganisationen auf, die Situation aufmerksam zu beobachten, um diese Vereinbarung umzusetzen, damit Besorgnissen der Bevölkerung über Preiserhöhungen vorgebeugt wird;
12. fordert die Unternehmen und die öffentlichen Verwaltungen in den Mitgliedstaaten auf, die Euro-Bargeldeinführung in keinem Fall für „versteckte“ Preiserhöhungen zu nutzen;
13. fordert die Mitgliedstaaten sowie die regionale und kommunale Ebene dringend auf, Geldbeträge in Zusammenhang mit Verwaltungsvorgängen (für Gebühren, Geldbußen, Sozialleistungen usw.) zum Vorteil des Verbrauchers zu glätten, um ein gutes Beispiel zu geben;
14. fordert die Unternehmen, insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen, auf, Pläne und Aktivitäten für die Währungsumstellung zu entwickeln und umzusetzen, einschließlich der umgehenden Umstellung ihrer Buchführung auf Euro und der Fortbildung des Personals;
15. empfiehlt, dass die Öffentlichkeit aktiver über die praktischen Vorkehrungen der Euro-Einführung unterrichtet wird, insbesondere darüber, wie die Bürger durch ihr eigenes Handeln einen reibungslosen Übergang erleichtern können;
16. vertritt die Auffassung, dass die Informationsmaßnahmen die von der Umstellung betroffenen europäischen Bürger dazu anregen sollten, bereits ab 1. Januar 2002 systematisch den Euro als Zahlungsmittel zu benutzen und damit nicht bis zum Ende der Periode des zweigleisigen Zahlungsverkehrs zu warten;
17. unterstreicht die Notwendigkeit einer entschlossenen Informationskampagne, die auf die kleinen und mittleren Unternehmen und auf die Kommunalverwaltungen ausgerichtet ist und sie vor den Kosten warnt, die Umstellung auf den Euro weiter hinauszuzögern;
18. empfiehlt, dass die auf empfindliche Bevölkerungsgruppen ausgerichteten Informationsmaßnahmen mit Vorrang eingeleitet werden;
19. unterstreicht die entscheidende Bedeutung einer geeigneten Kommunikationskampagne, die auf die Besitzer von gehortetem Geld abzielt und sie dringend ersucht, entweder bis Mitte Januar mit der Umwechslung ihres gehorteten Geldes zu warten oder dieses Geld einige Zeit vor dem 1. Januar 2002 auf ein Konto einzuzahlen;
20. bekräftigt die Bedeutung einer wirksamen Informationskampagne, die auf die Mitgliedstaaten, die sich nicht an der Einführung des Euro beteiligen, und die Drittländer ausgerichtet ist, in denen der Euro stark genutzt wird, um die Kontinuität zwischen den nationalen Währungen und dem Euro unter dem Aspekt der Vorteile für die Benutzer herauszustellen;
21. fordert eindringlich alle verantwortlichen Banken und Kreditinstitute auf, den Umtausch

nationaler Währungen in Euro für jeden Bürger und Verbraucher uneingeschränkt und – für einen begrenzten Zeitraum - gebührenfrei zu ermöglichen;

22. empfiehlt, dass den Einzelhändlern, die den Großteil der Kosten zu tragen haben, niedrigere Gebühren bei den Kreditkartenunternehmen gewährt werden, wenn sie elektronische Zahlungen in einem Übergangszeitraum von einem Monat, der am 1. Januar 2002 beginnt, akzeptieren, und dass sie außerdem von ihren Banken erst mit Verzögerung belastet werden;
23. ersucht die Kommission, die anhängigen Fälle und/oder Beschwerden im Zusammenhang mit dem Ausnutzen einer beherrschenden Stellung durch die Hersteller elektronischer Zahlungsmittel zügig abzuwickeln;
24. verweist darauf, dass der Sinn des Übergangs zum Euro nicht eingesehen wird, falls das gemeinsame Engagement von Parlament, Kommission und EZB kein Ende macht mit den viel zu hohen Gebühren für grenzüberschreitende Zahlungen kleinerer Beträge; fordert deshalb, dass grenzüberschreitende Kleinüberweisungen im Fall der Beträge unter 50.000 € im EU-Binnenmarkt kostengünstiger, schneller und sicherer sowie nationalen Überweisungen in Gebührenhöhe und Dauer angeglichen werden; bedauert in diesem Zusammenhang, dass den Forderungen des Europäischen Parlaments, bereits zum 1. Januar 1999 ein europäisches Überweisungssystem für Kleinbeträge einzurichten, erst jetzt, zum 1. Januar 2002, nachgekommen wird;
25. weist die Mitgliedstaaten darauf hin, dass sie zunächst den Einzelhandel dazu bewegen können, sich rasch und in bestmöglicher Weise auf die Umstellung vorzubereiten, indem sie ihm finanzielle oder andere Anreize dazu bieten, und dass sie diese Anreize mit dem zu erwartenden Gewinn finanzieren können, der sich durch die nicht zum Umtausch gebrachten alten Münzen und Banknoten ergibt;
26. weist darauf hin, dass viele Bürger der Mitgliedstaaten, die regelmäßig reisen, Münzen übrig behalten, die sie nicht in ihre Landeswährung umtauschen können; hält es deshalb für notwendig, den Banken zu empfehlen, Vorkehrungen dafür zu treffen, dass Münzen der am Euro beteiligten 12 Mitgliedstaaten zu den gleichen Bedingungen wie Banknoten umgetauscht werden können;
27. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschliebung dem Rat, der Kommission, der Europäischen Zentralbank und den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.